




Wahlprüfsteine von UnternehmensGrün e.V.: Unternehmen & Erneuerbare Die vollständigen Antworten der Parteien

1. Durch die verstärkte Kopplung der Stromerzeugung mit den Sektoren Wärme und Mobilität könnten regenerative Energien besser vor Ort genutzt und damit Produktionsschwankungen bei Wind und Sonne aufgefangen werden. Dies würde auch Druck vom Netzausbau nehmen.



Welche energiepolitischen Schritte wollen Sie bis wann umsetzen, um die Sektorkopplung voran zu bringen?

Partei	Antwort
	<p>Derzeit haben wir im Norden Deutschlands durch die Einspeisung von Strom aus Offshore-Anlagen eine angemessen hohe Strommenge, um Sektorkopplung im Sinne des Umweltschutzes umsetzen zu können. Dies trifft aber nicht für die Mitte und den Süden Deutschlands zu. Hier fehlen die Stromtrassen, um insbesondere nach dem Herunterfahren der Kernkraftwerke genügend Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung zu haben.</p> <p>Der Effizienzgewinn, mit Strom aus fossilen Kraftwerken zu heizen, ist derzeit nicht gegeben, so dass moderne fossil betriebene Heizungsanlagen (vorzugsweise Gas) kombiniert mit Strom aus Sonne und Wind die passende Alternative sind. Dennoch wollen wir die Sektorkopplung fördern, um heute für die Zukunft Erfahrungen im Hinblick auf systemisch und gesetzlich notwendige Veränderungen zu sammeln. Die sog. Schaufensterprojekte aus dem Förderprogramm sinteg werden durch ihre Vielfältigkeit neue Erkenntnisse liefern. Hier werden u.a. Speicher und smart Meter im Rahmen der Digitalisierung der Energiewende unter erweiterten gesetzlichen Rahmenbedingungen eingesetzt. Auf bestehenden Stromleitungen soll Einspeisung und Verbrauch mit Hilfe neuer Technologien kurzfristiger aufeinander abgestimmt werden.</p> <p>Die Sektorkopplung wollen wir darüber hinaus mit folgenden Maßnahmen voranbringen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung des regulativen Rahmens zur Förderung des Einsatzes von „Grünem Wasserstoff“, u. a. als Speicher mittels sogenannter Power to X-Verfahren; • spezifische Initiativen zur Stärkung der Nachfrage von Brennstoffzellenanwendungen im Verkehr, einschließlich einer Erhöhung des Elektrifizierungsgrades im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV); • Stärkung der energetischen Sanierung mit Quartiersbezug im Rahmen integrierter Stadtentwicklungskonzepte, • zielgerichtete Weiterentwicklung der Beratungs- und Investitionsförderprogramme im Rahmen der Energieeffizienzstrategie Gebäude.



	<p>Neben dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir die Sektorenkopplung weiterentwickeln: Steuerung von Produktion und Nachfrage sowie die Verknüpfung der Stromerzeugung mit Bereichen wie Verkehr, Gebäude und Wärme (Sektorenkopplung) gewinnen zunehmend an Bedeutung. Dadurch lassen sich Kosten wirksam begrenzen und die Versorgungssicherheit weiter erhöhen.</p>
	<p>Wir wollen unverzüglich mit der Sektorenkopplung beginnen. Als erste zentrale Maßnahme sehen wir eine Speicher-Offensive. Speicher sind die Schnittstelle zwischen dem Strom-, Wärme- und Verkehrssektor. Sie müssen künftig daher anders behandelt werden als Letztverbraucher. Wir wollen den Einsatz von Stromspeichern durch eine entsprechende Entlastung bei Umlagen und Netzentgelten wirtschaftlich machen. Ebenso sind die Rahmenbedingungen für die Nutzung zeitweise und regional anfallender Stromüberschüsse in den Bereichen Industrie, Wärme oder Verkehr zu verbessern. Und nicht zuletzt wollen wir ein Förderprogramm zum Bau von 10.000 Wärmespeichern auflegen und die E-Mobilität fördern, etwa durch den Bau intelligent gesteuerter Lademöglichkeiten daheim und auf öffentlichen Parkplätzen, sowie die Beschaffung öffentlicher E-Fahrzeugflotten.</p>
DIE LINKE.	<p>Erst etwa ab 2030 werden relevante Strommengen für die Sektorkopplung benötigt und stehen dann auch erst als regenerativer Überschussstrom in relevanten Mengen zur Verfügung. Dieser Zeitpunkt ergibt sich auch aus entsprechenden Studien, etwa des Öko-Instituts. Im Bereich Elektromobilität und Wärmepumpen muss die Sektorkopplung aber bereits heute beginnen / fortgeführt werden. Sinnvoll ist zudem die Nutzung der 3-Prozent EE-Strom in anderen Anwendungen, die ansonsten abgeregelt werden müssten. Pilotvorhaben zur Sektorkopplung müssen bereits heute starten, gleiches gilt für Forschung. Auch sollten vorrausschauend KWK-Anlagen mit vergrößerten Wärmespeichern und integrierten Heizspiralen ausgestattet werden, damit sie bei Bedarf stromgeführt gefahren werden können. Eine breite Einführung der Sektorkopplung an sich schon heute oder in der nächsten Legislaturperiode halten wir jedoch für verfrüht, ja sogar schädlich für die Energiewende: Ökostrom ist immer ein knappes, wertvolles Gut. Auch dann, wenn Börse oder Netzbetreiber meinen, er sei nichts wert, er könne verschenkt oder abgeregelt werden. Ihn bereits heute spontan zu verheizen, etwa aufgrund niedriger Börsenpreise, schwächt und verteuert die Energiewende. Elektrizität aus Wind, Sonne und Biomasse wird aufwändig produziert und vergütet. Sie könnte bis auf weiteres im Grundsatz zu jeder Zeit fast vollständig dafür genutzt werden, fossile Erzeugung zu verdrängen – also unmittelbar und vergleichsweise preiswert das Klima zu schützen. Allerdings verstopft seit Jahren (Export-)Kohlestrom die Netze, weshalb es scheint, es gäbe Überschüsse aus Windkraft oder Photovoltaik. Regionale Netzengpässe und gebremste Windräder sind aber kein Ausdruck einer bundesweiten temporären Ökostromflut. Sie sind vielmehr Ergebnis des blockierten Kohleausstiegs und bisweilen unzureichenden Netzausbaus. Dafür spricht auch die Mathematik: Bisläng gab es keine Sekunde, in der mehr als 86,3 Prozent Ökostrom im Netz waren. Und das auch nur wenige Minuten – im Schnitt wird Deutschland heute mengenmäßig immer noch zu zwei Dritteln aus fossil-atomaren Kraftwerken versorgt. Es besteht im Übrigen deshalb auch die Gefahr, dass große Elektrodenkessel in der Realität überwiegend mit Graustrom beheizt werden. In diesem Kontext würden solche neuen und verfrühten Flexibilitäten – als zusätzliche Stromnachfrager - tendenziell immer von jenen</p>



	<p>Erzeugungsarten bedient werden, die im Strommarkt als nächstes zum Abruf bereit stehen. Und dies sind in der Regel leider Kohlemeiler.</p>
	<p>Sektorkopplung ist sinnvoll, aber im althergebrachten Wortsinn ein für uns nachgelagertes Problem. Es geht vielmehr darum, durch die Schaffung ausreichender Speicherkapazitäten (Batteriespeicher, Gasspeicher für Power2Gas) für durch EE in Überschuss erzeugten Strom jederzeit an allen Stellen genügend Energie abrufbereit zur Verfügung zu stellen. Die ideale Sektorkopplung zwischen Mobilität und Stromerzeugung ist ein batteriebetriebenes Auto. Wenn die Batterien überdies durch eigene EE-Erzeugerkapazitäten geladen werden (Solaranlage auf dem Dach des Autobesitzers, Solarparks für die Fuhrparks der Betreiber des ÖPNVs), verringert sich auch die Netzlast, was weiteren Netzausbau überflüssig macht.</p> <p>Sinnvoll und weitgehend klimaneutral wäre auch die thermische Verwertung des während des Sommers mit dem Power2Gas-Verfahren erzeugten Gases für das Heizen im Winter.</p> <p>Schon heute fallen Überschüsse bei der Erzeugung von Strom aus EE Quellen an und sie werden mit dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Erzeuger zunehmen.</p> <p>Unsere primären Energiepolitischen Schritte zur Umsetzung sind wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Elektromobilität fördern. Nicht nur durch eine Kaufprämie, sondern durch ein Infrastrukturprogramm zum Ausbau von Ladestationen. Dass die deutsche Regierung entsprechende Pläne der EU-Kommission verwässert, ist nicht hinnehmbar.• Speicherförderungsgesetz. Durch eine Anschubfinanzierung durch ein Speicherförderungsgesetz ließe sich ein weiterer Ausbau lokaler Stromspeicher intensivieren. Zudem sollte im Rahmen dieses Gesetzes eine Förderung der Forschung erfolgen um in diesen Zukunftsbereich wettbewerbsfähig zu werden.• power-to-gas: Entsprechende Anlagen sind heute praxistauglich. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für deren Nutzung müssen jedoch verbessert werden. Zum Beispiel Abschaffung der EEG Umlage für den genutzten Strom. <p>Diese 3 Schritte wären sofort umsetzbar.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten stehen neuen Technologien gerade auch im Klimaschutz offen gegenüber. Niemand kann heute sagen, wie die Energieversorgung in 50 Jahren aussehen wird. Daher lehnen wir langfristige Pläne, mit denen für jeden Wirtschaftssektor spezifische Emissionsziele mittels restriktiver Vorgaben umgesetzt werden sollen, grundsätzlich ab. Dauersubventionssysteme wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) behindern die Durchsetzung neuer Ideen und müssen deshalb abgeschafft werden. Wir wollen die Potenziale der energietechnischen und energiewirtschaftlichen Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen</p>



(„Sektorkopplung“) bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen marktwirtschaftlich nutzen. Zudem sehen wir in der Digitalisierung im Energiebereich große Potentiale für mehr Effizienz, die wir nutzen wollen. Durch innovative Projekte zur Sektorkoppelung und intelligenten Vernetzung wollen wir dafür sorgen, dass die installierten EE-Kapazitäten „ihre PS besser auf die Straßen bringen“, und damit auch nachhaltiger zum Klimaschutz beitragen. Wir wollen das intelligente Koppeln von Großabnehmern und der Einspeisung erneuerbarer Energien besser ermöglichen und zukunftsweisende Lösungen wie Demand Side Management, virtuelle Kraftwerke oder Power-to-x voranbringen. Vor allem in einer Energieeffizienz, die sich rechnet und bei der die Unternehmer, Haus- und Immobilienbesitzer selbst entscheiden können, für was sie Geld ausgeben, sehen wir ein wichtiges Element der Reduktion von Treibhausgasen.



Wir lehnen dabei eine planwirtschaftliche Umsetzung durch die Bundesregierung ab. Denn wir sehen in staatlicher Investitionslenkung keine geeignete Klimaschutzstrategie. Auch die Digitalisierung im Energiemarkt muss mit marktwirtschaftlichen Prinzipien statt staatlichem Zwang vorangetrieben werden. Intelligente Stromzähler sind derzeit Voraussetzung für lastabhängige Stromtarife. Sie helfen, Angebot und Nachfrage besser zu steuern und ermöglichen zugleich Kosteneinsparungen bei den Kunden. Bei der Einführung intelligenter Stromzähler sind hohe Datenschutzstandards strikt zu beachten. Auch hier gilt: Nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen. Nur in neuen Technologien, die am Markt bestehen, stecken wirtschaftliche Chancen und neue Beschäftigungsfelder. Und auch Möglichkeiten für eine sichere Energieversorgung, eine effizientere Energienutzung und für reduzierte Treibhausgasemissionen.






Keine Antwort


2. Der Handel mit CO₂-Verschmutzungsrechten hat bisher nicht die gewünschte Wirkung erzielt.

- Halten Sie es für sinnvoll, dass die Bundesrepublik CO₂-Zertifikate aufkauft, um den Marktpreis für diese in der EU zu erhöhen?
- Würden Sie in Regierungsverantwortung eine Besteuerung von CO₂-Emissionen befürworten





Partei	Antwort
	<p>Ziel von CDU und CSU ist es, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft noch stärker zur Anwendung zu bringen. Der Wettbewerb stellt sicher, dass Innovationen voran-getrieben werden. Er zwingt zum sparsamen und effizienten Umgang mit knappen Ressourcen. Deshalb wollen wir gerade marktwirtschaftliche Instrumente, wie etwa den Emissionshandel, einsetzen, um Innovationen und nachhaltiges Wirtschaften voranzubringen.</p> <p>Der Emissionshandel kann einen wichtigen Beitrag leisten, die sogenannten externen Kosten, etwa bei der Nutzung fossiler Energieträger und Rohstoffen einzupreisen (internalisieren). Dies ist eine wichtige Gestaltungsaufgabe für eine nachhaltige Politik. Sie muss international in Angriff genommen werden: Erstens, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen nicht durch nationale Alleingänge zu gefährden. Zweitens, um stärkere ökonomische Anreize zur Nutzung Erneuerbarer Energien weltweit zu setzen, was auch Exportchancen für „Green Solutions made in Germany“ stärken würde. Drittens, um die Erneuerbaren Energien weitgehend unabhängig von Subventionen zu machen, die über das schon verbindlich Zugesagte hinausgehen. In jedem Fall brauchen wir einen Nachhaltigkeitscheck, der alle Subventionen regelmäßig einer Wirkungs- und Erfolgskontrolle unterzieht und auf ihre zeitliche und inhaltliche Beschränkung abzielt. Anliegen von CDU und CSU ist es, die Erfolge, die Deutschland im Bereich der Erneuerbaren im Strombereich hat, auf den gesamten Energiesektor auszuweiten. Dabei setzen wir darauf, dass möglichst weitreichend (international und intersektoral) wirkende Instrumente zum Einsatz kommen, die ex-terne Kosten abbilden und in Rechnung stellen, anstatt Subventionen zu gewähren.</p>
	<p>Im Rahmen der europäischen Emissionshandelsrichtlinie haben wir uns mit der Einführung der Marktstabilitätsreserve für eine Reform des Emissionshandels eingesetzt. Neuregelungen im Rahmen der vierten Handelsperiode werden derzeit diskutiert. Wir werden den europäischen Emissionshandel so weiterentwickeln, dass er seine Funktion als zentrales Klimaschutzinstrument erfüllen kann. Sollte dies auf europäischer Ebene nicht zu erreichen sein, werden wir Verhandlungen für die Vereinbarung von CO₂-Mindestpreisen mit den europäischen Mitgliedsländern aufnehmen. Dabei werden wir unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen, um „Carbon-Leakage“ zu verhindern. Eine CO₂-Steuer wäre allenfalls auf EU-Ebene einführbar und sinnvoll.</p>





 <p>BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN</p>	<p>Wir wollen zunächst auf europäischer Ebene eine dauerhafte Stilllegung der derzeit rund 3 Milliarden überschüssigen CO₂-Zertifikate erreichen, damit der Emissionshandel tatsächlich Anreize setzt in Klimaschutz zu investieren. Wir setzen auf die Einführung eines nationalen Mindestpreises für CO₂ um die Wirkung des Emissionshandels zu erhöhen. Ein Ankauf von CO₂-Verschmutzungsrechten durch die Bundesregierung ist darüber hinaus sinnvoll um im Zuge des von uns geplanten Kohleausstiegs eine entsprechende Menge von Zertifikaten vom Markt zu nehmen damit sichergestellt ist, dass die durch den Kohleausstieg eingesparten Emissionen nicht an anderer Stelle emittiert werden.</p>
<p>DIE LINKE.</p>	<p>Nein, das halten wir weder für sinnvoll, noch für durchsetzbar. Auf der fossilen Erzeugung sollte vielmehr über einen reformierten Emissionshandel sowie zusätzlich über nationale Regularien (da die in Europa absehbaren Änderungen am ETS nicht ausreichen werden) ein relevanter CO₂-Preis liegen. Dieser sollte der Höhe nach beispielsweise im Stromsektor gewährleisten, dass die jeweils dreckigsten verbliebenen Kohlekraftwerke ihre Erzeugung entsprechend drosseln, wenn genug Wind- und Solarstrom zur Verfügung steht. Instrumente dafür wären nationale CO₂-Mindestpreise im Emissionshandel, die Neuauflage der leider seinerzeit vor der Einführung in der Koalition gescheiterten BMWi-Klimaabgabe für Kohlekraftwerke oder eine CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe. Für den notwendigen Kohleausstieg sehen wir allerdings nicht CO₂-Preise als das effizienteste Mittel an, sondern einen gesetzlichen und sozial abgesicherten Abschaltplan. Dieser liefert Planbarkeit für Beschäftigte, Regionen und Unternehmen. Was den Emissionshandel selbst betrifft, so fordern wir seit Jahren die endgültige Stellungnahme der mehr als 2 Mrd. überschüssigen Emissionszertifikate, welche vor allem aus windigen Emissionsgutschriften aus dem Ausland bestehen. Darüber hinaus ist eine Anpassung des ETS-Budgets an die Paris-Ziele notwendig (u.a. abgesenkter jährlicher Minderungsfaktor).</p>
 <p>PIRATEN PARTEI</p>	<p>CO₂-Zertifikate sollten zu einem hohen Fixpreis gehandelt werden, der anhand der statistisch in den letzten 50 Jahren durch die Erderwärmung entstandenen Schäden wissenschaftlich festzusetzen ist. Die durch nationale Interessen und Börsenmanipulationen induzierten Preisschwankungen für CO₂ - Zertifikate halten wir für kontraproduktiv.</p> <p>CO₂-Emissionen würden wir selbstverständlich besteuern. Dabei ist auch der Footprint der erzeugten Waren einzubeziehen. Auf diese Weise könnten Produkte automatisch vom Markt verschwinden, die ohnehin niemand braucht.</p>
 <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Wir Freien Demokraten wollen eine effiziente und wirksame Klimapolitik. Dabei wollen wir technologieneutral die vielen Ideen der Ingenieure und Techniker, die Chancen der Digitalisierung sowie die Kräfte des Marktes nutzen. Angesichts der großen Herausforderungen bei der Integration der stark schwankenden Wind- und Solarstromerzeugung spielt die konventionelle Stromversorgung im deutschen Energie-Mix für uns noch länger eine Rolle als für manch andere Parteien. Der entscheidende</p>





	<p>Marktreiber ist dabei für uns ein weltweit gültiger Preis für CO₂-Emissionen und keine Steuer. Für diesen Preis soll sich Deutschland in den relevanten internationalen politischen Prozessen (zum Beispiel G20, Paris-Nachfolge-Konferenzen) mit aller Kraft einsetzen. Dieser Preis soll sich nach den Vorstellungen von uns Freien Demokraten durch einen funktionierenden weltweiten Emissionsrechtehandel in allen Sektoren (also auch Wärme und Mobilität) bilden, der EU-Emissionshandel kann nur ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg sein. Über die Menge der Zertifikate kann, wenn nötig und weltweit vereinbart, im Sinne politischer Ziele beeinflusst werden.</p>
	<p>Keine Antwort</p>

Frage 2b:




Partei	Antwort
	<p>CDU und CSU wollen keine Steuererhöhungen. Wir werden stärkere Anreize für die systemdienliche bzw. netzverträgliche Erzeugung und Verwendung von Strom schaffen sowie auf europäischer Ebene den CO₂-Emissionshandel wirkungsvoller gestalten.</p>
	<p>Durch einen gesetzlichen CO₂-Mindestpreis im Emissionshandel und eine ehrliche CO₂-Bepreisung auch außerhalb des Emissionshandels wollen wir dafür sorgen, dass sich Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen und planbarer werden. Aus diesen Einnahmen wollen wir die Stromsteuer abschaffen, die EEG-Umlage reduzieren und weitere Klimaschutzmaßnahmen finanzieren, wie zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme Industrieprozesse und zusätzliche Mittel für die sozial verträgliche, energetische Gebäudemodernisierung. Die CO₂-Bepreisung soll so durch ein „Umsteuern“ insgesamt aufkommensneutral ausgestaltet werden und die Bürgerinnen und Bürger in der Summe nicht zusätzlich belasten.</p>
	<p>s. Antwort 2a</p>
	<p>s. Antwort 2a</p>

	s. Antwort 2a
	s. Antwort 2a

3. Strom ist im Vergleich zu Öl und Treibstoffen sehr hoch besteuert. Das steht der Sektorkopplung elementar im Weg. Welche Wege sehen Sie, um dies zu ändern?

Partei	Antwort
	Strom muss langfristig für alle Unternehmen und Betriebe sowie privaten Verbraucher bezahlbar bleiben. Dafür setzen wir die marktwirtschaftliche Heranführung und Systemintegration der erneuerbaren Stromerzeugung konsequent fort.
	Künftige energiepolitische Maßnahmen müssen dem ganzheitlichen Ansatz der Energiewende gerecht werden, wie in der Antwort auf die erste Frage ausgeführt ist. Zu Beginn der kommenden Legislaturperiode wollen wir alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende prüfen. Wir werden das Fördersystem im Hinblick auf die Entgelt-, Abgaben- und Umlagesystematik sowie auf umweltschädliche und wettbewerbsverzerrende Subventionen neu justieren.
	Zum einen wollen wir den Einsatz von Stromspeichern durch eine entsprechende Entlastung bei Umlagen und Netzentgelten wirtschaftlich machen. Darüber hinaus schlagen wir eine CO ₂ -Bepreisung von fossilen Brennstoffen im Wärme- und Verkehrssektor vor und wollen im Gegenzug die Stromsteuer auf das europarechtlich vorgegebene Minimum absenken. Dadurch würde Strom um etwa 2 Cent pro Kilowattstunde preiswerter.
	Wir wollen die Stromsteuer abschaffen. Zudem können wir uns eine CO ₂ -Steuer auf fossile Brennstoffe vorstellen, wenn das Aufkommen dieser Steuer nach Schweizer Vorbild vollständig an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt wird. Ferner wollen wir die EEG-Umlage durch zwei Maßnahmen absenken: Zum einen sollen künftig nur jene Firmen (und lediglich im angemessenen Umfang) in den Genuss einer verminderten EEG-Umlage kommen, die tatsächlich mit einem relevanten Umfang ihrer energieintensiv hergestellten Produkte im internationalen Wettbewerb stehen. Das sind weit weniger, als heute nutzen.







	<p>Vergleichbares fordern wir für die Industrie-Privilegien bei Netzentgelten, Stromsteuer oder Konzessionsabgaben. Diese Maßnahmen würden die EEG-Umlage bzw. den Strompreis für die restlichen Stromkunden mindern. Zum anderen befürworten wir, jenen Teil der Zahlungsverpflichtungen an die Ökostrombetreiber, welcher aus den hohen Anfangskosten der Energiewende (Technologieentwicklung) resultiert, aus einem separaten Fonds zu bedienen. Dies schlug die LINKE bereits 2014 vor und würde die EEG-Umlage für alle Stromkunden zusätzlich senken. Eine Fonds-Lösung könnte sowohl über Kredite als auch aus Steuermitteln finanziert werden. Ein Vorschlag zu letzterem liegt von der Verbraucherzentrale Bundesverband vor. DIE LINKE würde eine steuerliche Gegenfinanzierung begrüßen.</p>
	<p>Zunächst müssen die EEG-Zuschüsse für den Bau von neuen Erzeugungsanlagen für Erneuerbare Energien komplett gestrichen werden. Dies würde den Strompreis langfristig deutlich sinken lassen. Auch die Durchleitungsgebühren für Strom durch die Netze gehören auf den Prüfstand, die mit ca. einem Viertel des vom Endverbraucher gezahlten Strompreises zu Buche schlagen. Sinnvoll wären entfernungsabhängige Netzentgelte. Dies würde auch eher den physikalischen Gegebenheiten entsprechen. Der erwiesenermaßen sinnlose Bau neuer Höchstspannungsübertragungstrassen muss gestoppt werden.</p> <p>Die Steuer auf Energieträger sollte vereinheitlicht werden, d.h. ein einheitlicher Betrag je kwh.</p>
	<p>Alle Arten von „Sektorkopplung“ sind für uns Freie Demokraten wichtige Mittel, um zum einen die CO2-Emissionen durch effizientere Nutzung von Primärenergie zu minimieren und um zum anderen schwankende regenerative Stromerzeugung sinnvoll in die Energieversorgung zu integrieren. Dabei ist unser vorrangiges Ziel nicht eine weitgehende Elektrifizierung aller Sektoren inklusive Wärme und Mobilität, um die Windkraft weiter ungebremst ausbauen zu können, sondern ein möglichst effizientes Gesamtsystem innerhalb des Zieldreiecks „bezahlbar – umweltfreundlich – versorgungssicher“. Effiziente CO2-neutrale Lösungen müssen nicht unbedingt auf Elektrifizierung basieren, zumal Strom nur so „CO2-arm“ ist wie der Primärenergie-Mix, mit dem er erzeugt wird. In Stromerzeugung, Mobilität und Wärmeerzeugung werden Verbrennungsprozesse, gerade vor dem Hintergrund von Atomausstieg, noch längere Zeit eine tragende Rolle spielen. Sie können das auch CO2-arm, vor allem, wenn man an CO2-Abscheidung (zum Beispiel CCU) oder regenerativ erzeugte Kraftstoffe denkt. Wir setzen uns für Technologieneutralität mit klaren Rahmenbedingungen für Emissionen ein (zentrales Steuerungsinstrument ist für uns ein weltweit gültiger CO2-Emissionspreis). Wir Freien Demokraten wollen alle Steuern im Energiebereich auf den Prüfstand stellen und vor allem die Stromsteuer auf das europäische Minimum senken.</p>
	<p>Keine Antwort</p>



4. Wenn die Netze überlastet sind, werden Windräder abgeschaltet und stehen still. Wollen die Betreiber nicht gänzlich aus dem EEG-Vergütungssystem heraus fallen, dürfen sie dann auch keinen Strom an Verbraucher abgeben, die in unmittelbarer Nähe und direkt mit dem Windrad verbunden sind – auch, wenn dabei nicht das allgemeine Netz genutzt würde.


Müsste Ihrer Ansicht nach hier der gesetzliche Rahmen geändert werden?

Wenn ja: Wie könnte diese Änderung aussehen?

Partei	Antwort
	<p>Entscheidend ist nach Auffassung von CDU und CSU, dass der Netzausbau in Deutschland deutlich beschleunigt wird. Damit soll unter anderem ermöglicht werden, dass große Stromverbrauchszentren im Süden und Westen Deutschlands in windstarken Zeiten auch mit Windstrom aus dem nachfrageschwächeren Norden beliefert werden können. Inwieweit Netze insgesamt intelligenter bewirtschaftet werden können, soll im Rahmen des Förderprogramms SINTEG getestet werden. Da-zu wurde der gesetzliche Rahmen bereits angepasst.</p>
	<p>Offshore-Windkraftparks sind in der Regel an Höchst- bzw. Hochspannungsleitungen angeschlossen, kleinere Onshore-Windkraftparks auch an die Mittelspannung. Aufgrund der Umwandlungsprozesse auf die nächsten Spannungsebenen ist es nicht sinnvoll und abrechnungssystematisch auch nicht möglich, den Strom aus Windkraftanlagen wahlweise ins öffentliche Netz und ins nichtöffentliche Netz zu speisen. Die Windkrafträder werden erst dann abgeschaltet, wenn der Strom keinen Abnehmer mehr erreicht. Hierzu dürften auch die Verbraucher gehören, die potenziell für einen nichtöffentlichen Anschluss in Frage kämen. Einzelne Windkrafträder im Garten liefern hingegen direkt zum Verbraucher, der dann die Strommengen, die er nicht für den Eigenverbrauch benötigt, ins Netz speist. Hier ist der Verbraucher der „Prosumer“. Grundsätzlich wollen wir, dass Strom aus erneuerbaren Energien vollständig genutzt wird. Wir setzen uns daher für eine Nutzung statt Abschaltung ein. Der Netzausbau, die Sektorenkopplung, eine hohe Flexibilität von fossilen Kraftwerken (mit geringer Must-run-Kapazität) und die Anwendung digitaler Techniken nehmen dabei eine Schlüsselfunktion ein. Den rechtlichen Rahmen der Energiewende werden wir weiterentwickeln, um die Potenziale effizienter Flexibilitätsoptionen auszuschöpfen.</p>
	<p>Windräder abzuregeln ist klimapolitisch und ökonomisch widersinnig. Wir wollen daher bei Netzengpässen die Nutzung des Windstroms in der Region stärken. In jedem Fall muss die von Ihnen zurecht kritisierte restriktive Handhabung aufgebrochen werden. Das könnte über eine Verringerung der Abgaben- und Steuerlast für den regional verbrauchten Windstrom erreicht werden.</p>
	<p>Zunächst sollten die Gründe für die Netzüberlastung beseitigt werden, denn wir können jede Kilowattstunde Ökostrom zum Ablösen der fossilen Erzeugung gebrauchen. Darum dürfen Kohlekraftwerke nicht mehr die Netze verstopfen (Kohleausstiegsgesetz, strikte Einhaltung</p>





	<p>der Abschalthierarchie bei dennoch auftretenden Netzengpässen). Ferner gilt es, den dann noch tatsächlich notwendigen Netzausbau zügig zu realisieren.</p> <p>Die LINKE befürwortet Ausnahmenregelungen für gegenwertige „Netzausbaugebiete“, mit denen Pilotprojekte zur Sektorkopplung (notgedrungen) ermöglicht werden können. Dies ist immer noch sinnvoller, als die Anlagen abzuregeln, wenn auch energiewirtschaftlich eigentlich unnötig (siehe oben). Solche Experimentierklauseln wollen wir aus den oben genannten Gründen aber nicht weiter ausdehnen. DIE LINKE. befürwortet überdies Grünstrommarktmodelle, wie sie etwa eine Initiative von Ökostromhändlern für eine »alternative Direktvermarktung« erarbeitet hat. Sie haben das Ziel, auch Direktlieferungen aus heimischen EEG-Anlagen wirtschaftlich und mit Ökostromlabel zu ermöglichen. Unsere Bedingungen für solche Modelle als Ergänzung des EEG-Mechanismus sind: keine Rosinenpickerei, adäquate Risiko- und Kostenübernahme, Beitrag zur Systemintegration. Diese Bedingung kann das genannte Modell erfüllen. Somit könnte auf einer gerechten Basis dem Wunsch von Bürger*inne nach regionaler Verbundenheit zu Ökostromlieferungen entsprochen werden, was sicher akzeptanzsteigernd im Sinne der Energiewende wirkt. Ansonsten ist für uns im Strombereich die dezentrale Versorgung weniger relevant als die dezentrale Erzeugung, da ein regeneratives Energiesystem auf einen großräumigen Ausgleich von Flexibilität in Angebot und Nachfrage angewiesen sein wird, soll es effizient sein.</p>
 <p>PIRATEN PARTEI</p>	<p>Auch hier - das Problem ließe sich recht einfach durch den Ausbau von Speichern für überschüssigen Strom lösen. Dass in Überlastsituationen kein zusätzlicher Strom in das allgemeine Netz eingespeist werden darf, hat physikalische Gründe. Die Stilllegung von Erzeugern ist aus diesen Gründen absolut nachvollziehbar. Windräder bieten den Vorteil, dass sie sich schnell vom Netz nehmen lassen. Andererseits lohnt sich die Analyse, wie es zu den Überlastsituationen kommt. Die Betreiber großer Kohle- und Kernkraftwerke haben ihre Stromlieferungen durch langfristige Verträge mit den Abnehmern fest definiert. Und obwohl auch konventionelle Kraftwerke eine Regelungsvarianz besitzen, werden die vereinbarten Mengen ungeachtet des Merrit-Order-Prinzips ins Netz eingespeist; d.h. es müssten bei weitem nicht so viele Windräder stillstehen, wie wir es täglich bei Autobahnfahrten beobachten können.</p> <p>Dass der Windmüller seinen lokal erzeugten Strom nicht einmal in vom allgemeinen Netz abgetrennte Zellen abgeben darf, halten wir für Willkür. Durch eine Neufassung des gesetzlichen Rahmens sollten auch konventionelle Kraftwerke bei einer Überproduktion von Strom zu einer Reduktion verpflichtet werden.</p>
 <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Wir Freien Demokraten wollen das teure und ineffiziente EEG-Subventionssystem so schnell wie möglich beenden. Es hat zu Fehlanreizen geführt und einen riesigen Kostenberg verursacht, ohne wirklich wesentlich zu einer deutschen CO2-Emissionsreduzierung beizutragen. Wir wollen einen intelligenten Neustart der Energiewende: effizient, marktwirtschaftlich, technologieoffen, digital und smart. Alle Stromerzeuger müssen dabei Verantwortung für die Chancen und Risiken aus der Vermarktung ihres Stroms übernehmen. Dazu gehören auch Netzanschlusskosten und die Garantie ihrer Leistung in einem offenen Leistungsmarkt (abgesichert zum Beispiel über lokale Kooperationen mit großen Verbrauchern (Demand Side Management) und Speichern oder über Garantien von anderen,</p>




	wetterunabhängigen Kraftwerken). Im Zuge eines solchen Neustarts sollen auch die rechtlich-administrativen Voraussetzungen geschaffen dafür geschaffen werden, dass Verbraucher und Wirtschaft durch günstige Preise von der Nähe zu Wind- oder Solarparks profitieren können, dies aber im Wettbewerb der Energieversorger, nicht durch staatliche Regulierung.
	Keine Antwort


5. Die Erzeugung von Strom zum Eigenbedarf z.B. mit eigenen Solar- oder Windkraftanlagen ist für Unternehmen derzeit wirtschaftlich kaum sinnvoll. Grund sind anfallende Netzgebühren, Stromsteuer und EEG-Abgaben – obwohl solche Teil-Insellösungen das Netz entlasten würden.

Müssen Ihrer Ansicht nach die wirtschaftlichen Anreize zur Eigenstromproduktion in Unternehmen verbessert werden? Wenn ja: Welche konkreten Schritte planen Sie dazu?




Partei	Antwort
	<p>Eigenstromerzeugung ist weiterhin attraktiv. Zuletzt wurden mit dem Mieterstrom-gesetz die Bedingungen für Eigenstrom deutlich verbessert. Das Gesetz sieht vor, dass PV-Strom aus Dachanlagen auch dann eine EEG-Förderung erhalten kann, wenn der Strom nicht ins öffentliche Netz eingespeist wird. Voraussetzung ist lediglich, dass der Strom an Mieter oder Eigentümer des jeweiligen Hauses geliefert wird. Da-mit wird es möglich, den innerstädtischen PV-Ausbau deutlich voranzubringen.</p> <p>Wichtig für die zukünftige Attraktivität von Eigenstrommodellen wird unter anderem sein, inwieweit günstige Speichertechnologien verfügbar sind. Die Förderung der Forschung und Entwicklung von Speichern und Speichersystemen ist und bleibt ein zentrales Anliegen von CDU und CSU.</p>
	<p>Ja, wir wollen die Eigenstromproduktion in Unternehmen weiterhin fördern, denn sie ist vielfach ein Nebenprodukt der Herstellung von Prozesswärme. Es gibt allerdings Abgaben und Umlagen zur Finanzierung der Energiewende, die jeder leisten muss, damit sie für alle tragbar bleibt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.</p> <p>Deshalb halten wir an der EEG-Umlage auf den Eigenverbrauch fest. Auch mit anteiliger EEG-Umlage ist eine Eigenversorgung in der Regel wirtschaftlich. Wir werden die Abgaben- und Umlagesystematik einer grundsätzlichen Überprüfung unterziehen, von diesem Grundsatz aber nur in begründeten Ausnahmefällen abweichen.</p>





 <p>BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN</p>	<p>Wir wollen die EEG-Umlage für Eigenstrom aus erneuerbaren Energien („Sonnensteuer“) streichen und Mieterstrommodelle auf Quartiere und Gewerbebetriebe ausweiten, sowie den Solarstrommarkt außerhalb der konventionellen EEG-Förderung voranbringen.</p>
<p>DIE LINKE.</p>	<p>Nein, sie müssen nicht ausgedehnt werden. Grundsätzlich sollten sich für eine solidarische Finanzierung alle Endverbraucher an den Kosten von Energiewende und Infrastruktur beteiligen. Dies gilt insbesondere für den Eigenverbrauch von Strom aus konventionellen Kraftwerken, sowohl im Bestand als auch bei Neuanlagen, aber auch jenseits von Bagatellgrenzen und angemessen für die sonstige Erzeugung. Bei Änderung bezüglich der Belastung des Eigenverbrauchs im Falle von Photovoltaik und KWK muss jedoch sichergestellt werden, dass diese wirtschaftlich bleiben und das Potential dieser Technologien für die Energiewende erhalten bleibt. Insofern müssen bei veränderten Eigenverbrauchsregeln stets auch zugleich die EEG- bzw. KWK-Vergütungszahlungen angepasst werden. Beim Mieterstrom sind die Zuschläge entsprechend anzupassen. Notwendig ist ferner eine Bagatellgrenze für kleine Anlagen, da bei diesen bürokratische Kosten und der fiskalische Nutzen bei der Erfassung und Abrechnung des Eigenstromverbrauches in keinem vernünftigen Verhältnis stehen.</p>
 <p>PIRATEN PARTEI</p>	<p>Definitiv ja. Wie schon oben erwähnt, setzen wir uns für die Abschaffung der EEG-Zulagen für Neuinstallationen sowie die Revision der Netzegebühren ein.</p> <p>Die bisherige Belastung von selbst erzeugtem Strom für den Eigenbedarf bei größeren Anlagen gehören abgeschafft. Wir widersprechen Ihnen jedoch prinzipiell in der Aussage, dass Erzeugung von Strom für den Eigenbedarf unwirtschaftlich ist. Solarstrom lässt sich z.B. für 10 ct/ kWh gewinnen. Wenn dieser Strom selbst verbraucht wird, sind auch die Kosten je kWh 10 ct. Der etwa doppelt so hohe Preis für den aus dem Gesamtnetz bezogenen Strom, inkl. EEG-Abgabe und Netzegebühren, wird nur dann fällig, wenn die Eigenproduktion nicht ausreicht.</p> <p>Gut designte Solaranlagen mit Speicher für Einfamilienhäuser können 70 bis 80% Eigenversorgungsquote erreichen. Die bisherige Belastung von selbst erzeugtem Strom für den Eigenbedarf bei größeren Anlagen gehören abgeschafft.</p>
 <p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Die beschriebenen Probleme sind auch Folge des EEG-Subventionssystems und den Versuchen, die damit verbundenen Fehlentwicklungen durch immer neue staatliche Eingriffe und Verordnungen zu regeln. Daher wollen wir Freie Demokraten das planwirtschaftliche EEG-System schnellstmöglich beenden und einen marktwirtschaftlichen, technologieoffenen Neustart der Energiewende. Dieser soll auch Versorgung im Nahbereich und Eigenstromversorgungen wirtschaftlicher ermöglichen. Die Chancen der Digitalisierung für flexible Netz- und Versorgungsmodelle wollen wir dabei konsequent nutzen. Eines ist jedoch klar: jeder</p>

	Eigenstromerzeuger muss auch angemessen zur Kostendeckung der Absicherung seiner Versorgungssicherheit aus dem allgemeinen Netz beitragen, insbesondere wenn die Eigenversorgung auf Wind- oder Solarstrom basiert.
	Keine Antwort

6. Was sind die drei wichtigsten, konkreten energiepolitischen Maßnahmen, die Sie in der kommenden Legislaturperiode umsetzen wollen?

Partei	Antwort
	Die Marktintegration der Erneuerbaren, die Sektorenkopplung, Netze und Speicher sind entscheidende Herausforderungen in der kommenden Legislaturperiode. Der beschleunigte Netzausbau und die Beseitigung von Engpässen haben für uns oberste Priorität. Unsere Anstrengungen bei der Forschung und bei der Förderung moderner Stromspeichertechnologien setzen wir fort. Deutschland soll wieder Standort für eine Batteriezellproduktion werden.
	Wir werden alternative Modelle zur Finanzierung der Energie prüfen, um den neuen Herausforderungen wie der Sektorenkopplung gerecht zu werden. Wir werden verlässliche Rahmenbedingungen für alle Investoren schaffen, um Investitionen auch gerade in sog. Brückentechnologien zu ermöglichen. Die Teilhabe an der Energiewende wollen wir allen ermöglichen, auch jenen, die keine eigene Solar- oder Windkraftanlage besitzen. Maßnahmen zur Energieeffizienz werden wir ausbauen und den öffentlichen Gebäudebestand und Nahverkehr zu Vorbildern des nachhaltigen und energieeffizienten Verbrauchs entwickeln. Die vom Strukturwandel in der Energiewirtschaft betroffenen Regionen werden wir unterstützen, um neue wirtschaftliche Strukturen zu entwickeln und neue industrielle Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür wurde im Rahmen des Klimaschutzplans die Einrichtung einer Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung“ vereinbart, die einen Instrumentenmix zur Unterstützung des Strukturwandels in den betroffenen Regionen entwickeln soll.
	Raus aus der klimaschädlichen Kohle: Wir wollen das Ende der Kohleverstromung verbindlich einleiten und bis 2030 abschließen. Die 20 schmutzigsten Kraftwerksblöcke sollen direkt vom Netz, der Rest wird dann Schritt für Schritt stillgelegt. Dazu führen wir jährliche CO ₂ -Obergrenzen („Budgets“) für die Kraftwerke ein, die entsprechend der steigenden Klimaschutzanforderungen regelmäßig verschärft werden. Die betroffenen Regionen wollen wir über einen neuen Strukturentwicklungsfonds unterstützen, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.




	<p>Erneuerbare dynamisch ausbauen: Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien wieder deutlich steigern auf mindestens 4.000 Megawatt Windkraft an Land sowie 5.000 Megawatt Solarstrom pro Jahr. Wer eigenen Strom erneuerbar erzeugt, soll dafür keine EEG-Umlage mehr zahlen müssen. So erreicht kostengünstiger Ökostrom Mieter, Hausbesitzerinnen und Unternehmen.</p> <p>Strom, Wärme und Verkehr zusammenbringen: Ökostrom wird verstärkt Einzug halten in die Wärme- und Verkehrswelt. Er heizt dann Wohnungen, Autos fahren mit Batterien und LKW mit ökologisch erzeugtem Wasserstoff. Das spart Geld und senkt den CO2-Ausstoß. Über ein Markteinführungsprogramm wollen wir die dafür erforderlichen Speicher bereitstellen. Denn sie sind die entscheidende Schnittstelle zwischen Strom-, Wärme- und Verkehrssektor.</p>
DIE LINKE.	<ol style="list-style-type: none">1. Kohleausstiegsgesetz: Spätestens im Jahr 2035 muss der letzte vom Netz. Mit dem schrittweisen Ausstieg ist sofort zu beginnen, der Strukturwandel ist sozial- und strukturpolitisch zu begleiten.2. Deutschland muss gleichzeitig die Erneuerbaren vorantreiben, insb. müssen die Ökostrom-Ausbaudeckel fallen. Wir werden entsprechend das EEG novellieren.3. Ein sozial abgefederter Start der energetischen Gebäudesanierung überfällig. Dafür würden wir einen Stufenplan mit verbindlich zu erreichenden Energie-Standards für den Gebäudebestand aufstellen. Zusätzlich würden wir mindestens 5 Mrd. Euro pro Jahr bereitstellen, um diesen Prozess wärmietenneutral sozial abzusichern.
	<ul style="list-style-type: none">• Einführung einer CO2-/Schadstoffsteuer• Festsetzung verbindlicher Termine für Abkehr von fossiler Energieerzeugung• Mehr Transparenz beim Ausbau des Übertragungsnetzes. Bottom-up-Berechnung des erforderlichen Netzausbaus von den Haushaltsnetz- bis hin zur Übertragungsnetzebene. Für die bisherige Planung muss ein Moratorium gelten, bis in einem öffentlichen Dialog mit allen Planungsdaten deren Bedarf überprüft ist.
	<ol style="list-style-type: none">a. Die schnellstmögliche Beendigung des EEG (Altanlagen genießen dabei Vertrauensschutz) und der Aufbau von auf Transparenz, Marktwirtschaft und Technologieoffenheit basierenden Strom- / Energiemarktregeln im europäischen Kontext.b. Alle bisherigen Gesetze und Verordnungen zur Energieeffizienz gehören auf den Prüfstand, sie sollten durch einen in sich konsistenten, schlanken Gesetzesrahmen mit dem Ziel einer effizienten CO2-Emissionsreduzierung auf marktwirtschaftlicher Basis ersetzt werden.



UnternehmensGrün

Bundesverband der grünen Wirtschaft

	c. Implementieren eines internationalen Prozesses zur Einführung eines weltweit greifenden CO2-Emissionshandels in allen Sektoren incl. Wärme und Mobilität / Transport.
	Keine Antwort